

13. November 2007

Gewerkschaft TRANSNET und Verkehrsgewerkschaft GDBA Beschluss zur Zukunftssicherung der Deutschen Bahn

Vor dem Hintergrund des offensichtlich gescheiterten Gesetzentwurfes für eine Minderheits-Kapitalbeteiligung am Konzern DB AG, beschließen der Beirat der Gewerkschaft TRANSNET und der Bundeshauptvorstand der Verkehrsgewerkschaft GDBA:

1. Es bleibt für beide Gewerkschaften das vorrangige Ziel, die Wirksamkeit des Beschäftigungssicherungstarifvertrages sowie die soziale Sicherheit grundsätzlich für alle DB-Beschäftigten zu gewährleisten. Dazu muss der integrierte Bahnkonzern dauerhaft erhalten bleiben.
2. Wir lehnen jegliche Form der Trennung von Infrastruktur und Transport ab, weil nachweislich diejenigen, die dieses Ziel verfolgen, damit eine Zerschlagung der DB AG beabsichtigen.
3. Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie keine Strukturmodelle für die DB AG verfolgt, die sie aus der Bindung als Mehrheitseigentümer nach Artikel 87e GG lösen würde.
4. Für beide Gewerkschaften gilt der Plan B, da zurzeit kein Strukturmodell zur Kapitalbeteiligung politisch mehrheitsfähig ist, bei dem der integrierte Bahnkonzern und die überwiegenden Eigentumsanteile des Bundes unangetastet bleiben.
5. Plan B bedeutet, der Bund muss alleiniger Eigentümer des gesamten heutigen Unternehmens DB AG bleiben und
 - muss die erfolgreiche Unternehmensstrategie weiter unterstützen,
 - hierzu weiteres Eigenkapital zur Verfügung stellen,
 - die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung realisieren,
 - die bestehenden intermodalen Wettbewerbsnachteile beseitigen,
 - in höherem Maße als bisher seiner Finanzverantwortung für die Infrastruktur gerecht werden und
 - durch mehr Regionalisierungsmittel die Verkehrsversorgung gewährleisten.
6. Die Gewerkschaft TRANSNET und Verkehrsgewerkschaft GDBA werden keine Absichten unterstützen, die direkt oder indirekt darauf hinauslaufen, eine Trennung von Infrastruktur und Betrieb zu ermöglichen bzw. vorzubereiten. **Gegen eine Zerschlagung der DB AG werden wir alle uns zur Verfügung stehenden demokratischen Mittel einsetzen.** Pläne, die zum Ziel haben, den integrierten Konzern und die Mehrheitsanteile des Bundes zu sichern, werden wir hingegen unterstützen.